

**Zeitschrift:** Der klare Blick  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 2 (1961)  
**Heft:** 18

**Artikel:** Gegen den Widerstand der Bevölkerung : Umsiedlungsaktionen in der Sowjetunion  
**Autor:** [s.n.]  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1076438>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 12.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Gegen den Widerstand der Bevölkerung

## Umsiedlungsaktionen in der Sowjetunion

*Neue Umsiedlungsaktionen grossen Ausmasses aus den eurropäischen Teilen der Sowjetunion nach den Nord- und Fernostgebieten werden unter verstärktem Druck aufgenommen und beginnen deutlich Zwangscharakter anzunehmen. Die Massnahmen weisen nicht nur auf eine weitere Intensivierung der Bemühungen um die wirtschaftliche Erschliessung der Neulandgebiete hin, sondern auch auf das Scheitern der bisherigen Bemühungen. Neue Beschlüsse und bereits erlassene entsprechende Verordnungen und Neuregelungen lassen erkennen, dass die Partei ihre Bevölkerungspolitik intensiver, aktiver und kontrollierter durchzuführen gedenkt.*

**Partei und Staat**

Sowohl am letzten Parteikongress als auch bei der Sitzung des Obersten Sowjets wurde die Umsiedlung nicht nur ganzer Bauernfamilien, sondern auch ganzer Dörfer in die sibirischen Neuland-Sowchosen befürwortet. Denn, so hiess es in der Begründung, die Erfahrung habe gezeigt, dass nicht nur die einzelnen Arbeitskräfte, sondern selbst Haushaltungen bei erster Gelegenheit wieder in die russischen, eurropäischen Gebiete zurückkehrten, nachdem sie mit beträchtlichem Aufwand in den asiatischen Regionen verbracht worden seien. Um den Einzelnen in der neuen Umgebung besser verwurzeln zu lassen, sollen somit jetzt ganze Gemeinschaften verpflanzt werden.

Parallel zu dieser Bauern-Umsiedlung soll auch die Einführung neuer Arbeitskräfte zur Industrialisierung der wirtschaftlich noch nicht genügend erschlossenen Gegenden nun einen grösseren Rahmen erhalten. Ganze Betriebe, ganze demobilisierte Militäreinheiten werden zum Aufbau in Sibirien gesucht.

**Freiwilligkeit ...**

Selbst die grossen Umsiedlungsaktionen werden offiziell nur auf freiwilliger Basis durchgeführt, und der Grundsatz der Freiwilligkeit wird in allen diesbezüglichen Aufrufen und Mitteilungen besonders betont. Beim Ministerrat gibt es eine Hauptverwaltung für Umsiedlung und organisierte Rekrutierung von Arbeitskraft. Sie arbeitet zur Hauptsache mit Werbefeldzügen, wobei namhafte Vergünstigungen den Anreiz zum Umzug erhöhen sollen. Den Bauernfamilien werden soziale und materielle Vorteile zugestanden: die Umsiedler erhalten Geldzuschüsse als einmalige Unterstützung, ihnen können Reisekosten erlassen werden, und Mobiliar und Hausrat dürfen sie bis zum Gewicht von zwei Tonnen gratis mitführen. Die Vorräte an Getreide und Kartoffeln müssen sie am alten Wohnort abliefern und erhalten dann die gleiche Menge am neuen Wohnsitz.

Kolchosen und Sowchosen, welche Umsiedler anstellen, erhalten Bankkredite mit einer Laufzeit von zehn Jahren zum Bau von Wohnhäusern. Die Hälfte der Kosten übernimmt der Staat. Ferner erhalten die Umsiedler langfristige Darlehen zum Ankauf von Kühen. Während zwei bis fünf Jahren werden ihnen die landwirtschaftlichen Steuern erlassen. Auch die Kollektivbetriebe, welche die Neankömmlinge aufnehmen, werden von einem Teil der Einkommenssteuer befreit, werden aber allerdings dafür zur Unterstützung der minderbemittelten Umsiedler verpflichtet. Auch den nichtlandwirtschaftlichen Arbeitskräften werden ähnliche Vergünstigungen gewährt. Das System besteht zwar

schon seit langem und wurde letztmals durch eine Verordnung vom März des vergangenen Jahres neuregelt. Demobilisierten Soldaten und freiwilligen Anwärtern für Arbeit in den Nord- und Ostgebieten werden beträchtliche Transportermässigungen gewährt. Am neuen Arbeitsort gibt es Zulagen je nach Gebiet, Dienstjahr und Arbeit. Zu den Sonderleistungen gehören unentgeltliches Reisen, doppelte Taggelder, Erstattung der Umzugskosten, Erlass von Steuern und Versicherungsbeiträgen. All das aber hinderte nicht daran, dass die Arbeiter immer wieder jede Möglichkeit zur Rückkehr ergriffen, dass die Fluktuation der Arbeitskräfte nicht der erhofften Stabilisierung auf dem Arbeitsmarkt wich. Deshalb soll auch hier die Kollektivumsiedlung den Vorzug erhalten.

**... und ihre Grenzen**

Dass die Freiwilligkeit solcher organisierter Bevölkerungsbewegung in dem Masse problematisch wird, da sie ganze Gemeinschaften umfasst, ist einleuchtend. Das sowjetische Zivilgesetzbuch garantiert an sich das Recht auf freie Wahl des Wohnsitzes, und der Schein wird entsprechend gewahrt. Eine Einschränkung der Niederlassungsfreiheit erscheint höchstens mittelbar durch vertragliche Verpflichtung. Dagegen ist die vertragliche Verpflichtung der Firmen, welche im eurropäischen Teil Arbeiter beschäftigen, fragwürdiger und kann für Umsiedlungsaktionen ohne weiteres lange gehandhabt werden. An sich dürfen Arbeiter nur unter besonderen Umständen entlassen werden, aber Versetzung ist immerhin möglich.

Im allgemeinen wird vornehmlich gesellschaftlicher Druck ausgeübt, um die Auswanderungswilligkeit zu steigern, doch lässt die sowjetische Presse selbst indirekt das Bestehen eines Zwanges erkennen, wenn sie etwa schreibt: «Die Möglichkeit ist nicht ausgeschlossen, dass ein Teil der betreffenden Personen ohne Lust nach ihrem neuen Bestimmungsort reisen wird.» Lustlosigkeit und Freiwilligkeit lassen sich jedenfalls nur schlecht vereinbaren.

**Die Notwendigkeit**

neuer Ansiedlung in den nördlichen und östlichen Unionsgebieten ergibt sich schon aus der schlechten Aufteilung der Bevölkerung und einer entsprechenden wirtschaftlichen Unausgeglichenheit. «Die industrielle Produktion ist zurzeit zu drei Vierteln auf Europa konzentriert, wo nur ein Viertel der Kohle, etwa die Hälfte des Erzes und 5 Prozent der Wasserenergie vorhanden sind. Obwohl das Gebiet nur 25 Prozent der Gesamtfläche der UdSSR ausmacht, sind hier 80 Prozent der Arbeitskräfte beschäftigt» (Trud i sarabotnaja plata, Nr. 2, 1961). Zahlreich sind die jüngsten Pressestimmen, die über schlechte

Bevölkerungsaufteilung klagen. Das Gebiet des Fernen Ostens und die ihm gleichgestellten Rayons umfassen zirka 10 Millionen Quadratkilometer oder rund 45 Prozent des sowjetischen Territoriums, doch leben dort nur 2 Prozent der Gesamtbevölkerung.

Noch schlechter als mit der Bevölkerungsverteilung ist es mit dem Kader bestellt: 1959 entfielen beispielsweise auf 10 000 Einwohner in der UdSSR 17,9 Aerzte. Auf die gleiche Zahl waren es in Georgien 31,4 dagegen in Tadschikistan nur 11,2 und wenig mehr in Kasachstan, der Moldau und Weissrussland («Sozialistischeski Trud», Nr. 3, 1961).

Die Unzufriedenheit der Kader mit ihren Arbeitsplätzen im allgemeinen äussert sich in grossen Fluktuationen: So hatte das Gebiet Smolensk in den letzten zwei Jahren einen Zuzug von 1443 und einen Wegzug von 1960 Agrarfachleuten zu verzeichnen («Kommunist» Nr. 5, 1961). In diesem Zusammenhang wurde darauf verwiesen, dass Fachleuten unbedingt die notwendigen Arbeitsbedingungen und Wohngelegenheiten verschafft werden müsse, um sie am

## Meldungen von morgen

*Albanien wird bald einen grossen Prozess gegen «Verräter» aufziehen, wie sich aus Äusserungen hoher Parteifunktionäre ergibt, die von einem aufgedeckten Komplott gegen das Volk sprechen. Der Prozess bezweckt anscheinend nicht allein Abrechnung mit Feinden Hodschas im Innern, sondern zugleich die «Aufdeckung» einer Verschwörung gegen Albanien, in der das revisionistische Jugoslawien gemeinsame Sache mit dem amerikanischen Imperialismus gemacht habe.*

*Quittungsbüchlein für Haushaltzahlungen (Wohnung, Elektrizität, Gas, Wasser, Radio, Telephon) werden nun voraussichtlich auch in der ganzen Sowjetunion eingeführt werden. Die Einrichtung hat sich laut «Ekonomitscheskaja Gasjeta» in Moskau bewährt und wird gegenwärtig vom Finanzministerium der UdSSR geprüft.*

*Die Voll-Elektrifizierung der sowjetischen Bahnen wird in beschleunigtem Tempo vorangetrieben. Letztes Jahr wurden 43 Prozent aller Transportgüter mit Elektro- und Diesellokomotiven befördert, gegenüber 14,1 Prozent 1955.*

*Indiz für interne Schwierigkeiten der Sowjetunion sind die gegenwärtigen grossen Goldverkäufe. In letzter Zeit verkaufte Moskau in Paris für 150 Millionen NF Gold, wovon nur 93 Millionen zu Defizitausgleich gegenüber Frankreich dienten. Zu den Anzeichen der chinesischen Versorgungskrise hatten schon frühzeitig die gesteigerten Silberverkäufe auf den freien Märkten gedient.*

*Ab 1. Juli werden in der Tschechoslowakei örtliche Volksgerichte, eine Parallele zu den sowjetischen Kameradschaftsgerichten, tagen. Die Kompetenzen sollen, wie in einer kürzlichen Justiztagung in Prag verlautete, in einer Gesetzesvorlage definiert werden.*

Arbeitsplatz zu halten. Offenbar klappt es in diesem Punkt trotz aller Werbeaktionen doch nicht genügend.

Wirtschaftlich ergeben sich aus der gegenwärtigen Bevölkerungsverteilung nicht nur ein ungenützendes Ausnutzen der Bodenschätze und Agrarmöglichkeiten, sondern auch unrationelles Arbeiten wegen Mangel an lokaler Industrie. So führt die «Ökonomisches Gasjeta» als Grund für die notwendige Industrialisierung des entfernten Ostens u. a. folgende Beispiele an: «Das Holz wird von Sibirien nach dem Ural und in die europäischen Gebiete befördert, wo man daraus Standardhäuser fabriziert und sie wieder nach Sibirien, Kasachstan usw. zurücktransportiert. Von Smolensk (russisch-weissrussische Grenze) transportiert man jährlich zirka 500 Wagons leerer Flaschen 10 000 km nach dem Osten, was zirka drei Millionen (alte) Rubel kostet. Für diesen Betrag könnte man einen entsprechenden Betrieb bauen.»

**Andere Gründe**

Diese wirtschaftlichen Gründe der sowjetischen Besiedlungspolitik werden in der Unionspresse durchaus offen behandelt. Dagegen schweigt man von den politischen, die ebenfalls ihre Rolle spielen. So hat Kasachstan weite Grenzen mit China gemeinsam, die Kasachen sind ein Stamm, der auch im angrenzenden China zu finden ist. Chruschtschews systematische Ueberführung von Russen in diese Gebiete hat also gleichzeitig den wichtigen Zweck, das moskaufreundliche Element gegenüber dem traditionellerweise chinafreundlichen unter der Bevölkerung zu stärken und die Republik besser unter Kontrolle zu halten.

Umsiedlungsaktionen von grossem Umfang sind in der Geschichte der russischen Landwirtschaft nicht neu und fanden schon zur Zarenzeit statt. Damals lockte man die Bauern mit teils nicht eintreffenden Möglichkeiten von Landerwerb. Dieser Anreiz besteht zur Zeit der fortschreitenden Vollkollektivierung nicht mehr. So werden andere Lockmittel gesucht, und falls diese nicht ausreichen, andere Mittel schlichtweg.

*Die sowjetzonalen Presseleute führen eine «Afrika-Solidaritätsaktion» durch. Auf dem Afrika-Konto des Verbandes der Deutschen Journalisten (VDJ) sind bereits mehr als 150 000 DM (Ostmark) einbezahlt worden.*

**Propaganda**

**Schweiz**

**K ist aufmerksam**

Chruschtschew gratulierte einer Schweizerin zur Besteigung des Kilimandscharo, einer Leistung, der man bei uns selbst kaum Beachtung geschenkt hatte.

In der Firma, wo die junge Bergsteigerin arbeitet, hielt man das auf dem Fernschreiber erscheinende Glückwunschs schreiben zunächst für einen Scherz, konnte sich aber später davon überzeugen, dass es durchaus echt war. Die von der SBZ-Nachrichtenagentur ADN aus Moskau übermittelte, freundliche Gratulation ist ein erstaunliches Beispiel für die Aufmerksamkeit der sowjetischen Propaganda, die keineswegs nur die Form der politischen Werbung anzunehmen braucht.

**Kredite einiger sozialistischer Staaten an ökonomisch schwach entwickelte Länder von 1953 bis Anfang 1961 (Schätzung)**

MILLIONEN RUBEL ALTER VALUTAKURS	
<b>VAR ÄGYPTEN</b> UdSSR 1860 CHINA 20 ČSSR 322 POLEN 8 UNGARN 28 INSGESAMT 2238	<b>VAR SYRIEN</b> UdSSR 884,0 ČSSR 534 INSGESAMT 7374
<b>IRAK</b> UdSSR 730,0 ČSSR 134,4 INSGESAMT 864,4	<b>AFGHANISTAN</b> UdSSR 987 ČSSR 56 INSGESAMT 1043
<b>NEPAL</b> UdSSR 30 CHINA 134 INSGESAMT 164	<b>BURMA</b> UdSSR 153 CHINA 377 INSGESAMT 530
<b>INDONESIEN</b> UdSSR 1502 CHINA 265 ČSSR 210 POLEN 236 RUMÄNIEN 8 INSGESAMT 2221	<b>PAKISTAN</b> UdSSR 119 INSGESAMT 119
<b>SUDAN</b> UdSSR 20 INSGESAMT 20	<b>PARAGUAY</b> ČSSR 60 INSGESAMT 60
<b>BRASILIEN</b> POLEN 16 INSGESAMT 16	<b>BOLIVIEN</b> UdSSR 600 INSGESAMT 600
<b>KOLUMBIEN</b> ČSSR 100 INSGESAMT 100	<b>ARGENTINIEN</b> UdSSR 520 ČSSR 68 POLEN 24 INSGESAMT 612
<b>CEYLON</b> UdSSR 120 CHINA 106 ČSSR 73 INSGESAMT 299	<b>KUBA</b> UdSSR 400 CHINA 240 ČSSR 80 UNGARN 60 INSGESAMT 780
<b>INDIEN</b> UdSSR 3675 ČSSR 346 POLEN 148 RUMÄNIEN 48 INSGESAMT 4217	<b>IRAN</b> ČSSR 24 INSGESAMT 24
<b>GUINEA</b> UdSSR 149 CHINA 100 INSGESAMT 249	<b>GHANA</b> UdSSR 168 POLEN 20 INSGESAMT 188
<b>ÄTHIOPIEN</b> UdSSR 419 ČSSR 47 INSGESAMT 466	<b>JEMEN</b> UdSSR 164 CHINA 64 INSGESAMT 228
<b>KAMBODSCHA</b> UdSSR 24 CHINA 138 INSGESAMT 162	<b>KREDITE INSGESAMT 15928,6</b>

**Entwicklungskredite**

**Ostblock  
Die Aufteilung**

Einen aufschlussreichen Rahmen zur Darstellung aktueller sowjetischer Unternehmungen in den Entwicklungsgebieten (KB Nr. 16) liefert diese Karte der Ostberliner Wochenzeitung «Die Wirtschaft», weil sie die Darlehenspolitik des Ostblocks in ihrer Aufteilung zeigt.

Gut drei Viertel aller Kredite stammen von der UdSSR, während von den übrigen Staaten vorwiegend die Tschechoslowakei und China beteiligt sind. Die führende Rolle Prags unter den Satelliten in den Aussenwirtschaftsbeziehungen ist besonders deutlich ersichtlich und entspricht auch der Rolle der CSSR als Pionier im Kulturaustausch mit nichtkommunistischen Ländern. Aus dieser Darstellung, die einen Zeitraum von acht Jahren umfasst, kommen die in letzter Zeit zunehmenden Anstrengungen Ostdeutschlands, Bulgariens und Polens weniger zur Geltung.

Der chinesische Einfluss erstreckt sich begreiflicherweise besonders auf asiatische Gebiete (Burma, Kambodscha, Nepal, Ceylon), doch ist daneben auch die Beteiligung Pekings an der Entwicklung Guineas auffällig, wo Sekou Touré sich von chinesischen Beratern in die landwirtschaftliche Kommunopraxis einführen liess, die in der CVR selbst ja wirtschaftlich weitgehend Schiffbruch erlitt. Ghana dagegen, der andere sehr stark kommunistisch beeinflusste Staat des Kontinents, steht wirtschaftlich ganz im Wirkungsbereich der Sowjetunion.

In ihrem Kommentar erklärt die «SBZ-Zeitung»: «Das Ziel ist Unabhängigkeit.» Wie wenig dies auf die Sachlage zutrifft, zeigt der gegenwärtig so stark vorangetriebene Bau von Oelraffinerien (bekanntlich übrigens nicht nur in den Entwicklungsländern). Die ölverarbeitende Industrie wird besonders zur Raffinerie des stark schwefelhaltigen sowjetischen Erdöls eingerichtet und bleibt darnach direkt

vom sowjetischen Export abhängig. An sich wäre ja der Transport von zentral raffiniertem Oel rationeller, aber dieses könnte immer von Oellieferanten des freien Marktes konkurrenziert werden.

Meist hat die kommunistische Entwicklungshilfe die Form langfristiger Kredite zu einem niederen Zinsfuss (meist 2,5 Prozent), wobei oft die Kreditnehmer auf Zahlung in freien Währungen (praktisch in Dollar) bestehen. Die Tilgung der Darlehen ist häufig als Warenlieferung vorgesehen. Dass auch hier Entwicklungsländer unliebsame Verpflichtungen auf sich nehmen müssen, zeigt das Beispiel Guineas, welches der Sowjetunion Bananen zu vorbestimmten Preisen liefern musste, die deutlich unter den Weltmarktpreisen lagen.

**Politik**

**Tibet**

**Die grosse Ankündigung**

China hat jetzt versprochen, mit der Kollektivierung im Tibet noch zuzuwarten, doch zeichnen sich gleichzeitig die Linien der Reformen ab, die das Land nicht nur der Vollkommunistierung, sondern auch der totalen Einverleibung in die Chinesische Volksrepublik entgegenführen.

Die Zusage, in den nächsten fünf Jahren keine «sozialistische Umgestaltung» durchzuführen, wurde kürzlich offiziell vom Sekretär des «Tibetischen Arbeitskomitees» der chinesischen KP gegeben. Zu verstehen ist diese Erklärung nur im Rahmen der Entwicklung, die China zurzeit dem unterdrückten Land aufzwingt.

Der wichtigste Programmpunkt, der vor der Rebellion von 1959 immer wieder zurückgestellt werden musste, ist für die Zentralregierung in Peking die «Durchführung von Reformen». Diese «Reformen» haben zwei konzentrische Kreise: 1. Die *Landreform*, d. h. die Aufteilung des Grossgrundbesitzes nach bewährtem Muster, Neuvermessung des Bodens und Verteilung desselben an sogenannte landlose